

WKE- PRESSEDIENST

Rheinische Post vom 28.01.2016

Politik uneins zu Wohngebiet

Im Planungsausschuss gab es keine Entscheidung für den Wimmersberg.



In Alt-Erkath könnten nicht oder teilweise genutzte Gewerbeimmobilien einem neuen Wohngebiet weichen.

RP-FOTO: DIETRICH JANICKI

VON THOMAS PETER

ERKRATH Der Ausschuss für Planung, Umwelt und Verkehr (PIUV) konnte sich nicht darauf einigen, in die Planungen zur Umgestaltung des Gewerbegebiets Wimmersberg einzusteigen. Vor allem wegen Bedenken, ob die Verwaltung freie Kapazitäten hätte, sich mit dem Thema zu beschäftigen, wurde jegliche Entscheidung vertagt.

Hintergrund: Der Wimmersberg ist als Gewerbegebiet ausgewiesen. Doch die Gebäude mit Ausnahme des Aldi-Marktes stehen seit Jahren leer oder werden nur teilweise genutzt. Deshalb hatten die Grundstückseigentümer eine Privatinitiative gestartet, um das Areal umzustrukturieren und die Flächen sinnvoller nutzen zu können. Beim Haaner Planungsbüro ISR haben sie eine grobe Entwicklungsstudie erstellen lassen und sind damit an die Ratsfraktionen herangetreten.

Die FDP hat sich das Thema als erste zu Eigen gemacht und einen Antrag auf Umwidmung des Wimmersbergs vom Gewerbe- in ein Wohn- oder Mischgebiet eingereicht. Die Verwaltung hielt den Antrag jedoch in der PIUV-Sitzung am Dienstag zurück und erstellte ihrerseits eine Beschlussvorlage, in der sie ihre Bedenken auflistet.

Grundsätzlich stehe man der Idee offen gegenüber, doch für ein Bebauungsplanverfahren sei es noch viel zu früh. Stattdessen schlug sie vor, zu beschließen, „dass die (teilweise) Umnutzung der gewerblich genutzten Flächen zu Wohnen für den Bereich Wimmersberg eine weiter zu untersuchende Entwick-

lungsoption darstellt“. Im Ausschuss entbrannte eine langwierige Diskussion. FDP und BmU empfanden die Vorlage der Verwaltung als „freundliche Ablehnung“ und „Begräbnis erster Klasse“. Dem widersprach Beigeordneter Fabian Schmidt. „Auch wir sehen das als ein wichtiges Projekt der städtebaulichen Entwicklung“, sagte er und versicherte, dass das, was in der Vorlage steht, auch so gemeint sei. Vertreter aller Fraktionen äußerten ihre Begeisterung für ein neues Wohngebiet am Wimmersberg. Bernhard Osterwind (BmU) verglich das Projekt mit Pose Marré, Marc Göckeritz (Grüne) sprach von einem „Filetstück“.

Zu einem konkreten Beschluss, und sei es nur, wie in der Vorlage, die Weiterverfolgung der Idee, konnte sich trotzdem niemand durchringen. Die BmU hält die Erschließung des Areals durch eine Planstraße (Verlängerung der Hochdahler Straße) für wichtig, das sei aber zu teuer. Viele Konflikte und offene Fragen seien zunächst zu klären, meinte Wilfried Schmidt (CDU) und regte an, eine Prioritätenliste zu erstellen. Uli Schimschock (SPD) forderte, dass die Verwaltung ihre Kapazitäten in andere Projekte stecken solle, die schon weiter vorangeschritten seien.

So konfus das klingt, so konfus schien auch die Debatte. Obwohl Rolf Steuber (FDP) und Thomas Spiritus (BmU) betonten, es ginge doch nur um eine unverbindliche Absichtserklärung, fand man keinen Konsens. Das Thema wurde auf Antrag von Bernhard Osterwind vertagt.